

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa Newsletter

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations
Member of the Fundamental Rights Platform (FRP) of the European Union Agency for Fundamental Rights
Member of the Federal Union of European Nationalities (FUEN)



Nr. 18 | Mai 2019 | Jahr 15

Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich waren das Thema einer internationalen Konferenz



Die Ergebnisse und Empfehlungen der Veranstaltung, die aus einem Workshop und einer Konferenz bestand, und an der die Akademiker und Experten auf dem Gebiet der zweisprachigen Bildung teilnahmen, werden in einem Bericht zusammengefasst und den zuständigen griechischen Regierungsbehörden vorgelegt.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), die Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (WTMUGA) und die Kultur- und Bildungstiftung der Minderheit von West-Thrakien (PEKEM) haben in Zusammenarbeit mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) am 2. März 2019 in Komotini, Griechenland einen internationalen Workshop und eine internationale Konferenz mit dem Titel "Zweisprachige Bildung: Eine Minderheitenfrage - Zweisprachigkeit in der türkischen/muslimischen Minderheitenbildung und unterschiedliche Ansätze in der Welt - Probleme und mögliche Lösungen" organisiert. An der Veranstaltung nahmen die Akademiker,

Experten der zweisprachigen Bildung, PädagogenInnen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien angehören, und VertreterInnen der zivilgesellschaftlichen Organisationen teil. Auch der Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen (UN) Prof. Dr. Fernand de Varennes nahm als Ehrengast an der Veranstaltung teil und hielt ein Impulsreferat zu dem Thema.

Vor dem Workshop und der Konferenz am 1. März 2019 nahmen die Gastakademiker und -experten an einem von den Gastgeberorganisationen der türkischen Gemeinschaft organisierten Kulturprogramm teil. Im Rahmen dieses Kulturprogramms besuchten die Gäste die Städte von Komotini und Xanthi sowie die türkischen Dörfer in West-Thrakien und trafen sich mit den VertreterInnen der türkischen Gemeinschaft.

Auf dem Workshop äußerten die Akademiker und Experten ihre Ansichten zu dem zweisprachigen Minderheitenbildungssystem in West-Thrakien

INHALT

Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich waren das Thema einer internationalen Konferenz **Seiten 1-2**



Botschaft an die griechische Regierung: Wir fordern die Wiederherstellung unserer Bildungsautonomie! **Seite 3**



Gemeinsame Konferenz der ABTTF und EFA zum Thema Bildung im Europäischen Parlament **Seiten 4-5**



Arbeitsbesuch der ABTTF in Brüssel **Seite 6**



Arbeitsbesuch der Delegation der West-Thrakien Türken in Straßburg **Seite 7**



Türkische Delegation von West-Thrakien nahm am OSZE-Treffen zum Thema Religions- oder Glaubensfreiheit teil **Seite 8**



Parallelbericht von ABTTF zum Menschenrechtsbericht 2018 über Griechenland **Seite 9**



ABTTF führte mit der Teilnahme europäischer ExpertenInnen einen Studienbesuch nach West-Thrakien durch **Seiten 10-11**



Durch Hass motivierte Übergriffe auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien sind in OSZE-Datensammlung 2017 über Hassverbrechen **Seite 12**



ABTTF-Nachrichten

Am Samstagmorgen, 2. März 2019, fand der Workshop mit zwei Sitzungen statt, an dem die VertreterInnen der Gastgeberorganisationen, die Führungskräfte der im Bildungsgebiet tätigen Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien sowie die Gastakademiker und -experten aus der Türkei, Griechenland, Deutschland, Dänemark, Belgien und den Niederlanden teilnahmen. Auf dem Workshop hielten der Vorsitzende der WTMUGA MD Hüseyin Baltacı, der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu und der FUEN-Vizepräsident Gösta Toft eine Begrüßungsrede.

Während der ersten Sitzung des Workshops, die von Assoc. Prof. Dr. İbrahim Kelağa Ahmet vom Fachbereich für Balkansprachen und -literaturen der Trakya-Universität geleitet wurde und deren Berichterstatterin die Generaldirektorin der PEKEM Pervin Hayrullah war, wurde über das zweisprachige Minderheitenbildungsmodell in West-Thrakien sowie die derzeitige Situation, Schwächen und Stärken dieses Modells diskutiert. Auf der vom Vorsitzenden der Türkischen Union von Xanthi Ozan Ahmetoğlu geleiteten zweiten Sitzung äußerten die Akademiker, Experten und VertreterInnen der zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Meinungen und Vorschläge zur Verbesserung des z w e i s p r a c h i g e n Minderheitenbildungssystems in West-Thrakien. Auf dem Workshop hielt auch der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen Prof. Dr. Fernand de Varenes eine Rede.

Auf der Konferenz wurde die Bedeutung des Erlernens der Muttersprache und der zweisprachigen Bildung für die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien unterstrichen

Nach dem Workshop fand die öffentliche Konferenz mit zwei Sitzungen statt. Der Vorsitzende der WTMUGA MD Hüseyin Baltacı und der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu im Namen der Gastgeberorganisationen sowie der Vizepräsident der FUEN, der Partnerorganisation der Veranstaltung, Gösta Toft hielten eine Begrüßungsrede. Die Eröffnungsrede der Konferenz wurde vom UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen Prof. Fernand de



Varenes gehalten.

Auf der ersten Sitzung mit dem Titel „Die Bedeutung der Muttersprache und zweisprachigen Bildung für nationale Minderheiten“, die vom ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oğlu geleitet wurde, hielten Assist. Prof. Dr. George Mavrommatis vom Fachbereich für Vorschulbildung der Demokrit-Universität Thrakien, Willy Fautré, Direktor der NGO Menschenrechte ohne Grenzen (HRWF Int'l), Prof. Dr. Çiğdem Sağın Şimşek, Leiterin des Fachbereichs für Fremdsprachen der Technischen Universität des Nahen Ostens (ODTÜ), Prof. Dr. Thalia Dragona vom Fachbereich für Vorschulbildung der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen und Assoc. Prof. Dr. Elena Antonova Ünlü, stellvertretende Leiterin des Fachbereichs für Übersetzen und Dolmetschen der Hacettepe-Universität einen Vortrag.

Der Moderator der zweiten Sitzung der Konferenz mit dem Titel „Wie kann das zweisprachige Bildungssystem der Minderheit in West-Thrakien verbessert werden?“ war Assist. Prof. Dr. Ali Hüseyinoğlu von der Trakya-Universität. Auf der zweiten Sitzung hielten Drs. Cor van der Meer, Leiter des Europäischen Zentrums für Mehrsprachigkeit und Sprachenlernen von Mercator und Vorstandsmitglied der Fryske Akademy, Prof. Dr. Anna Frangoudaki von der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen, Assoc. Prof. Dr. Zeliha Yazıcı, stellvertretende Leiterin des Fachbereichs für Grundschulbildung der Akdeniz-Universität, Assoc. Prof. Dr. Nelly Askouni vom Fachbereich für Vorschulbildung der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen, Assoc. Prof.

Dr. Binnur Genç İtler, Leiterin des Fachbereichs für Fremdsprachen der Akdeniz-Universität und Assoc. Prof. Dr. İbrahim Kelağa Ahmet vom Fachbereich für Balkansprachen und -literaturen der Trakya-Universität einen Vortrag.

Die Abschlussrede der Konferenz hielt der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen Prof. Dr. Fernand de Varenes.

Auf der internationalen Konferenz, die die Akademiker und Experten aus der Türkei, Griechenland und Europa zusammenbrachte, wurden die Probleme im z w e i s p r a c h i g e n Minderheitenbildungssystem der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien ausführlich diskutiert und Lösungsvorschläge vorgestellt. Unter den ZuhörerInnen befanden sich der Hauptkonsul der Republik Türkei in Komotini Murat Ömeroğlu, der Präsident des Beratungsausschusses der Türkischen Minderheit von West-Thrakien (BTTADK) und der gewählte Mufti von Komotini İbrahim Şerif, der SYRIZA-Abgeordnete des griechischen Parlaments aus Rodopi Mustafa Mustafa, der KINAL-Abgeordnete des griechischen Parlaments aus Rodopi İlhan Ahmet, die Vorsitzende der DEB-Partei Çiğdem Asafoğlu, der ABTTF-Vizepräsident Sami Yusuf, die Direktorin für internationale Angelegenheiten der ABTTF Melek Kırmacı Arık, das Mitglied der internationalen Arbeits- und Lobbygruppe der ABTTF Fatma Ahmetcik, die Vorsitzenden und Führungskräfte der zivilgesellschaftlichen Organisationen der türkischen Gemeinschaft aus der Region und eine große Anzahl von Pädagogen/innen.

Botschaft an die griechische Regierung: Wir fordern die Wiederherstellung unserer Bildungsautonomie!

Liebe Leser,

die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien hat Bildungs- und religiöse Autonomie laut dem Lausanner Vertrag. Genauso wie die in Istanbul sowie auf den Inseln Gökçeada und Bozcaada lebende griechisch-orthodoxe Minderheit.

Die Probleme im Bildungsbereich bestehen seit Jahren fort. Zu den bestehenden Problemen wurde jedes Jahr ein neues hinzugefügt. Seit 2010 werden unsere Grundschulen unter dem Vorwand mangelnder Zahl an SchülerInnen geschlossen, und die Anzahl unserer Schulen ist kontinuierlich gesunken. Und die Qualität der zweisprachigen Bildung in unseren bereits existierenden Schulen ist wegen unzähligen Staatseingriffen in einem schlechten Zustand.

Wir haben am Samstag, den 2. März 2019 das zweisprachige Bildungssystem der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien bei einem Workshop und anschließend bei einer öffentlichen Konferenz in Komotini ausführlich diskutiert. Auf dem Workshop vor der Konferenz haben wir uns zusammen mit den Akademikern und Experten auf dem Gebiet der zweisprachigen Bildung aus unserem Land Griechenland und unserem Heimatland der Türkei, VertreterInnen der zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Niederlanden, Dänemark und Belgien, die gekommen sind, um über die zweisprachigen Minderheitenbildungsmodelle in Europa zu präsentieren, sowie unseren LehrerInnen aus West-Thrakien mit dem Thema der zweisprachigen Bildung befasst.

Es war sehr erfreulich zu sehen, dass es eine intensive Teilnahme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien an der Konferenz in Komotini gab. Ebenfalls äußerst erfreulich war die Tatsache, dass die LehrerInnen der türkischen Schulen, einschließlich derjenigen von Hayriye-Medrese in Komotini sich unter den

ZuhörerInnen auf der Konferenz befanden. Durch die Teilnahme des UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen Prof. Dr. Fernand de Varennes als Ehrengast hat die Konferenz eine zusätzliche Dimension bekommen.

Als West-Thrakien Türken werden wir unsere Anforderungen hinsichtlich der Minderheitenbildung, die als Ergebnis der Diskussionen auf dem Workshop und der Konferenz der hervorgegangen ist, der griechischen Regierung und zuständigen Behörden vorlegen. Wenn ich es jedoch in einem Satz zusammenfassen soll, muss unsere vollständig politisierte Bildungsautonomie dringend aus dem Politikfeld genommen werden! Die uns betreffenden Themen müssen mit uns besprochen werden, und die Lösungen für die Probleme müssen gemeinsam mit uns gesucht werden!

Obwohl die an der Veranstaltung teilgenommenen Akademiker aus unserem Land zugegeben haben, dass wir im Bildungsbereich ungerecht behandelt werden, forderten die meisten von ihnen türkischen Unterricht innerhalb des staatlichen Schulsystems als Lösung des Problems. Und sie behaupteten, dass der Grund dafür in der schlechten Bildungsqualität in den türkischen Schulen liegt!

Ich möchte hier noch einmal wiederholen, was ich während des Workshops und der Konferenz ständig gesagt habe: Während von 1923 bis 1967 dank unserer Bildungsautonomie gute Ergebnisse erzielt wurden, gilt diese Autonomie heute als schlecht. Weil das Thema Bildung ab den 70er Jahren politisiert wurde, und der griechische Staat uns durch seine unzähligen Eingriffe unsere Bildungsautonomie weggenommen hat. Infolgedessen war das Ergebnis eine schlechte Bildungsqualität in einer komplexen Struktur. Unter dem Vorwand mangelnder Anzahl der SchülerInnen wurden die



Minderheitenschulen geschlossen.

Also, was wäre die Lösung? Die Lösung besteht darin, die durch die Verträge gewährte autonome Struktur im Bildungsbereich wiederherzustellen! Mit einem auf gutem Willen basierenden politischen Ansatz muss der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien erlaubt werden, in ihren eigenen Schulen zweisprachigen Unterricht als Teil des Rechts auf Bildung in der Muttersprache bieten zu können. Genauso wie die auf der Insel Gökçeada in der Türkei lebenden Angehörigen griechisch-orthodoxer Minderheit, die auf der Grundlage ihrer Bildungsautonomie ihre eigenen Schulen wieder eröffnen konnten, erwarten wir auch von unserem Land Griechenland einen aufrichtigen und echten Schritt nach vorne im Bildungsbereich.

Denn unser Land fordert das Recht auf Bildung in der Muttersprache für die in Albanien lebenden Griechen und verfolgt für diesen Zweck diplomatische Initiativen. Nun, warum kann Griechenland dasselbe für die im Lande lebenden Türken nicht verlangen? Darüber hinaus sind wir eine Gemeinschaft, die durch Verträge gewährte Bildungsautonomie hat!

Dann frage ich: Wo liegt der Fehler, wer liegt falsch? Sind wir es, die sich, wie es behauptet wird, in ihrem Land nicht integrieren wollen, oder ist es der Staat, der durch seine unzähligen Eingriffe in die Minderheitenbildung das Vertrauen der West-Thrakien Türken längst verloren hat?

Die Antwort ist ziemlich eindeutig, nicht wahr?

Mit freundlichen Grüßen

Halit Habip Oğlu
ABTTF-Präsident

Gemeinsame Konferenz der ABTTF und EFA zum Thema Bildung im Europäischen Parlament

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) organisierte am 20. März 2019 gemeinsam mit der europäischen politischen Partei Europäische Freie Allianz (EFA) eine Konferenz im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel. Der Gastgeber der Konferenz mit dem Titel "Grundlegende Probleme im Bildungsbereich, denen die Minderheiten in Europa gegenüberstehen: Vergleich der Beispiele von West-Thrakien Türken und der deutschen Minderheit in Dänemark" war der Europaabgeordnete Josep-Maria Terricabras, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen/EFA und Vorsitzender der EP-Intergruppe für Traditionale Minderheiten, Nationale Gemeinschaften und Sprachen.

Als Vertreter der ABTTF nahmen der ABTTF-Präsident Habip Oğlu, die ABTTF-Vizepräsidenten Sami Yusuf und Vedat Arap, der ABTTF-Hauptgeschäftsstellenleiter K. Engin Soyilmaz und der Koordinator des ABTTF-Brüsseler Büros Aykut Garipoğlu an der Konferenz teil.

Best Practices bezüglich der Minderheitenbildungssysteme in Europa wurden verglichen und Hauptprobleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich zum Ausdruck gebracht

Die Konferenz, die großes Interesse weckte und gut besucht war, begann mit den Eröffnungsreden des Europaabgeordneten Josep-Maria Terricabras und des ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oğlu. Auf der Konferenz hielten Dr. Pervin Hayrullah, Generaldirektorin der Kultur- und Bildungsgesellschaft der Minderheit von West-Thrakien (BAKEŞ-PEKEM),



Käthe Freiberg-Nissen, Pädagogisch-Administrative Konsultantin beim Deutschen Schul- und Sprachverein (DSSV) für Nordschleswig aus Dänemark, Anke Tästensen, DSVV-Geschäftsführerin, Dr. Alex Riemersma, Leiter des Fachbereichs für Friesisch und Mehrsprachigkeit in der Bildung der NHL Stenden-Universität aus den Niederlanden, und Günther Dauwen, EFA-Direktor, eine Rede.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich der Europaabgeordnete Josep-Maria Terricabras die Bedeutung der mehrsprachigen Bildung für Minderheiten. Anschließend sprach der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu, und dankte dem Gastgeber der Konferenz Terricabras sowie den RednerInnen. Habip Oğlu betonte, dass die der

türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien mit dem Lausanner Vertrag von 1923 gewährte Bildungsautonomie im Laufe der Jahre beginnend mit der Übernahme der Macht 1967 durch die Militärjunta in Griechenland durch verschiedene Vorschriften und Gesetze untergraben und abgeschwächt wurde. Habip Oğlu sagte, dass sie als türkische Gemeinschaft in West-Thrakien die Wiederherstellung ihrer durch die Verträge unter Garantie gestellte Bildungs- und religiöse Autonomie fordern.

Nach den Eröffnungsreden hielt zunächst die BAKEŞ-PEKEM Generaldirektorin Dr. Pervin einen Vortrag. Hayrullah informierte die TeilnehmerInnen über die

Hauptprobleme, mit denen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in Griechenland in allen Bildungsbereichen konfrontiert ist, und erklärte, dass die Bildungsqualität in den zweisprachigen türkischen Minderheitenschulen in der Region West-Thrakien verringert und manche dieser Schulen vom griechischen Staat geschlossen wurden. Hayrullah wies darauf hin, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien aufgrund der obligatorischen Vorschulbildung in Griechenland die Eröffnung zweisprachiger Minderheitenkindergärten fordert, aber diese Forderung seit Jahren von Griechenland ignoriert wird. Zum Schluss ihrer Rede führte Hayrullah aus, dass sie bei der vom 28. Februar-2. März 2019 stattgefundenen internationalen Konferenz in Komotini, an der der Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen (UN) Prof. Fernand de Varennes sowie Akademiker und Experten aus verschiedenen europäischen Ländern einschließlich der Türkei und Griechenland teilgenommen haben, forderten Griechenland auf, die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich zu lösen, und diese Forderung diesmal unter dem Dach des Europäischen Parlaments noch einmal wiederholen.

Anschließend hielten Käthe Freiberg-Nissen, Pädagogisch-Administrative Konsultantin beim Deutschen Schul- und Sprachverein (DSSV) für Nordschleswig aus Dänemark, und Anke Tästensen, DSVV-Geschäftsführerin, Vorträge über das Minderheitenbildungssystem in der deutsch-dänischen Grenzregion als ein Best-Practice-Model in Europa. Dr. Alex Riemersma, Leiter des Fachbereichs für Friesisch und Mehrsprachigkeit in der Bildung der NHL Stenden-Universität aus den Niederlanden sprach über die gemeinsamen Probleme im Bildungsbereich, vor denen die Minderheiten in Europa stehen.



Zum Schluss der Konferenz präsentierte der EFA-Direktor Günther Dauwen, der die Konferenz moderierte, den Teilnehmern die Empfehlungen zur Lösung der Probleme der türkischen

Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich als Ergebnis der Konferenz, die Griechenland und der Europäischen Kommission vorgelegt werden.

Arbeitsbesuch der ABTTF in Brüssel

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war am 6. Februar 2019 zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel, der Hauptstadt der Europäischen Union (EU). Im Rahmen des Arbeitsbesuchs traf sich der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu in Begleitung von Aykut Garipoğlu vom Brüsseler Büro der ABTTF mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) Pál Csáky (EPP, Slowakei) und Bodil Valero (Die Grünen/EFA, Schweden) sowie dem Direktor der Europäischen Freien Allianz (EFA) Günther Dauwen und dem Generalsekretär der Organisation der nicht repräsentierten Nationen und Völker (UNPO) Ralph Bunche.



Während der Gespräche wurde über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien berichtet und mögliche gemeinsame Aktivitäten in Zukunft besprochen

Das erste Treffen im Rahmen des Arbeitsbesuchs fand mit dem Europaabgeordneten Pál Csáky von der in der Slowakei lebenden ungarischen Minderheit in seinem Arbeitsbüro im Europäischen Parlament statt. Während des Gesprächs berichtete der ABTTF-Präsident Habip Oğlu Csáky über die jüngsten Entwicklungen hinsichtlich der Probleme und Ungerechtigkeiten in den Bereichen Bildung und Religionsfreiheit, denen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien ausgesetzt ist. Ferner wurde auf dem Treffen über die Wahl zum Europäischen Parlament, die im Mai 2019 stattfinden wird, ausgetauscht.



ABTTF-Präsident Habip Oğlu berichtete die Europaabgeordnete Bodil Valero, mit der sich die ABTTF zum ersten Mal getroffen hat, über die Hauptprobleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien. Habip Oğlu informierte Valero, die die Schattenberichterstatterin der Fraktion Die Grünen/EFA für den EP-

Bericht „Minimumstandards für die Minderheiten in der EU“ ist, ausführlich über die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien bezüglich der ihr gewährten Bildungsautonomie. Auf dem Treffen wurde auch über die aktuellen Probleme der Minderheiten in der EU diskutiert.

Während des Treffens mit dem EFA-Direktor Günther Dauwen in der EFA-Zentrale in Brüssel wurden die gemeinsamen Aktivitäten in Zukunft und

Themen der Zusammenarbeit zwischen der ABTTF und EFA besprochen. Das letzte Treffen im Rahmen des Arbeitsbesuchs fand mit Ralph Bunche, dem neuen Generalsekretär der UNPO, die im Bereich der Minderheitenrechte tätig ist und mit der die ABTTF in Vergangenheit zusammengearbeitet hatte, im Brüsseler Vertretungsbüro der ABTTF statt, und wurde über die Kooperationsmöglichkeiten zwischen den beiden Organisationen ausgetauscht.

Arbeitsbesuch der Delegation der West-Thrakien Türken in Straßburg

Während des Arbeitsbesuchs wurden die von Griechenland seit zehn Jahren nicht umgesetzten EGMR-Urteile bezüglich des Kulturvereins der Türkischen Frauen der Präfektur Rodopi und der anderen Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien sowie des laufenden Rechtsgangs auf die Agenda gebracht.

Unter der Führung der Föderation der West-Thrakien Türken in Europe (ABTTF) war die Delegation der West-Thrakien Türken vom 22.-23. Januar 2019 zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg, der parallel zu der Wintersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) stattgefunden hat. Die aus dem ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oğlu, der Vorsitzenden des Kulturvereins der Türkischen Frauen der Präfektur Rodopi Hülya Emin, der Generaldirektorin der Kultur- und Bildungsgesellschaft der Minderheit von West-Thrakien (BAKEŞ) und Leiterin des Menschenrechtsabteilung der Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD) Dr. Pervin Hayrullah und der Direktorin für Internationale Angelegenheiten der ABTTF Melek Kirmacı Arık bestehenden Delegation der West-Thrakien Türken führte Gespräche mit Politikern, Diplomaten und Eurokraten in Straßburg.

Am Dienstag, den 22. Januar, traf sich die Delegation der West-Thrakien Türken mit Birger Gjelsten Veum, der Ständigen Stellvertreterin Norwegens beim Europarat, Viorel Riceard Badea dem 2. Vorsitzenden des PACE-Ausschusses für Gleichheit und Nicht-Diskriminierung, der den Bericht mit dem Titel „Förderung der Rechte der Personen, die nationalen Minderheiten angehören“ verfasst hat, George Stafford, dem Direktor des Europäischen Netzwerkes für Umsetzung (EIN), eine internationale Zivilgesellschaft, die sich für die vollständige und wirksame Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) durch die Mitgliedsstaaten des Europarates einsetzt,



Boriana Aberg, der Vorsitzenden der schwedischen nationalen Delegation bei der PACE, und Mustafa Yeneroğlu, dem Mitglied des türkischen nationalen Delegation bei der PACE und AKP-Abgeordneten des türkischen Parlaments aus Istanbul. Die Delegation der West-Thrakien Türken setzte am Mittwoch, den 23. Januar, ihre Gespräche bei Europarat und PACE fort und traf sich mit Fredrik Sundberg, dem Leiter der Abteilung für die Umsetzung der EGMR-Urteile des Europarates und dem Juristen Nikolaos Sitaropoulos aus dieser Abteilung, Matthieu Birker, dem Berater der Menschenrechtskommissarin des Europarates, und Geneieve Mayer, stellvertretender Leiterin des Sekretariates des Ministerkomitees des Europarates, und ihrem Kollegen vom Sekretariat John Darcy, und zuletzt Frank Schwabe, des stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen nationalen Delegation bei der PACE.

Bei den Gesprächen haben der Präsident der ABTTF Halit Habip Oğlu und die Vorsitzende des Kulturvereins der Türkischen Frauen der Präfektur Rodopi Hülya Emin betont, dass die EGMR-Urteile bezüglich der Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, die unter dem Namen „Fälle der Bekir-Ousta-Gruppe“ bekannt sind, von Griechenland seit zehn Jahren nicht umgesetzt werden, und über den laufenden Rechtsgang bei den griechischen nationalen Gerichten berichtet. Habip Oğlu und Emin haben darauf hingewiesen, dass die durch das im Oktober 2017 vom griechischen Parlament verabschiedete Gesetz 4491/2017



eingeführten Einschränkungen die Umsetzung der EGMR-Urteile bezüglich der Türkischen Union von Xanthi, die durch die griechischen Gerichte geschlossen wurde, sowie des Kulturvereins der Türkischen Frauen der Präfektur Rodopi und des Kulturvereins der Minderheitenjugend der Präfektur Evros, deren Anträge auf Eintragung im Vereinsregister abgelehnt wurden, unmöglich gemacht haben. Habip Oğlu und Emin forderten das Ministerkomitee des Europarates auf, Griechenland bei den „Fällen der Bekir-Ousta-Gruppe“ weiterhin genau zu überwachen.

Die Delegation hat bei den Gesprächen auch über die aktuellen Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungs- und Religionsbereich berichtet, und erklärte, dass Griechenland durch diverse Gesetze und Praktiken die durch internationale und bilaterale Verträge festgelegte Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Gemeinschaft eindeutig verletzt. Bei ihrem Gespräch mit dem Berichterstatter Badea vor der Abstimmung seines Berichts mit dem Titel „Förderung der Rechte der Personen, die nationalen Minderheiten angehören“ und der mit dem Bericht verbundenen Resolution bei der PACE, hat die Delegation der West-Thrakien Türken auch die Standpunkte und Kommentare der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien hinsichtlich des Abschnittes des jeweiligen Berichts über Griechenland zum Ausdruck gebracht.

Türkische Delegation von West-Thrakien nahm am OSZE-Treffen zum Thema Religions- oder Glaubensfreiheit teil

In ihren Beiträgen während des Treffens brachte die aus den VertreterInnen der ABTTF und BTAYTD bestehende türkische Delegation die Interventionen Griechenlands, die darauf abzielen, die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien abzuschaffen, und die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die Muftis zum Ausdruck.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) und die Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD) nahmen vom 01.-02. April 2019 in der österreichischen Hauptstadt Wien am zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) teil, und vertraten die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien. Die türkische Delegation von West-Thrakien, die sich aus der Direktorin für internationale Angelegenheiten der ABTTF Melek Kırmacı und dem Mitglied der BTAYTD Dr. Ali Hüseyinoğlu zusammensetzte, brachte während des ersten Treffens zur menschlichen Dimension von 2019 mit dem Titel „Aufrechterhalten der Grundsätze der Toleranz und Nichtdiskriminierung einschließlich der Förderung und des Schutzes der Religions- oder Glaubensfreiheit“ die Probleme hinsichtlich der Religionsfreiheit, vor denen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien steht, und die Verletzung ihres Rechts auf religiöse Autonomie auf die Agenda.

Auf der ersten Sitzung des vom slowakischen OSZE-Vorsitz im Jahr 2019 und OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) organisierten Treffens, auf der die Grundursachen und Folgen von Rassismus und Diskriminierung im Zusammenhang mit Religions- oder Glaubensfreiheit diskutiert wurde, meldete sich die türkische Delegation von West-Thrakien zu Wort, und wies darauf hin, dass die religiöse Autonomie der



türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien durch internationale Verträge unter Garantie gestellt wurde und sie das Recht darauf hat, ihre eigenen Religionsoberhäupter, i.e. Muftis, selbst zu wählen, aber der griechische Staat versucht, durch einseitige Praktiken die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft ganz abzuschaffen. Die türkische Delegation führte aus, dass Griechenland die von West-Thrakien Türken gewählten Muftis nicht anerkennt, und die Muftis durch das am Anfang der 1990er Jahre erlassene Gesetz von der Regierung ernannt werden, und fügte hinzu, dass die Verwaltungsräte der zu der türkischen Gemeinschaft gehörenden Stiftungen, i.e. Waqfs, seit den 1970er Jahren auch von der Regierung bestimmt werden. Die türkische Delegation wies auch auf die in den letzten Jahren stetig zunehmenden strafrechtlichen Ermittlungen gegen die von der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gewählten Muftis, die sich als ein Mittel des politischen Drucks und der Einschüchterung entpuppten, und forderte Griechenland auf, das Recht der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien zu respektieren, ihre eigenen Religionsoberhäupter zu wählen, und den Staatsinterventionen ein Ende zu setzen, die gegen ihre religiöse Autonomie verstoßen. Zuletzt erinnerte die türkische Delegation von West-Thrakien daran, dass Griechenland gegenüber den auf Rhodos, Kos und Dodekanes lebenden Türken hinsichtlich der Frage der Muftis und Stiftungen eine ähnliche Haltung einnimmt, und fügte hinzu, dass die türkische Gemeinschaft auf diesen Inseln seit den letzten fünfzig Jahren nicht uneingeschränkt ihre Religionsfreiheit wahrnehmen kann.

Auf der zweiten Sitzung des Treffens am zweiten Tag zum Thema „Sicherheit der

Gemeinschaften und Unterstützung der Opfer: Bewährte Praktiken zur Bekämpfung von Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen Christen, Juden, Muslime und andere Religions- oder Glaubensgemeinschaften“ brachte die türkische Delegation von West-Thrakien zum Ausdruck, dass die Hassreden gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien die friedliche Atmosphäre in der Region gefährdet, und gab Beispiele für diese Hassreden in der Politik und den Medien. Die türkische Delegation sagte, dass vor dem Besuch des Staatspräsidenten der Türkischen Republik, des Mutterlandes der West-Thrakien Türken, Recep Tayyip Erdoğan nach West-Thrakien im Dezember 2017 Papierblätter mit Drohbotschaften auf die Straßen gelegt wurden und ein Kreuzzeichen an die Wände einiger Häuser gemalt wurden, und fügte hinzu, dass die ABTTF und die BTAYTD, die die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien vertreten, jedes Jahr ihre schriftlichen Beiträge zum OSZE-Bericht über Hassverbrechen einreichen. Die türkische Delegation wies darauf hin, dass laut dem OSZE-Bericht 2017 über Hassverbrechen im Jahr 2017 insgesamt 128 Hassverbrechen durch die griechische Polizei registriert und 46 dieser Hassverbrechen strafrechtlich verfolgt wurden, aber es nur in 6 Fällen zu einer Verurteilung kam, und fügte hinzu, dass in Griechenland die überwältigende Anzahl dieser islamophobischen Hassverbrechen nicht identifiziert und deswegen von griechischen Behörden nicht bestraft werden.

Auf beiden Sitzungen machte Griechenland von seinem Recht auf Erwiderung Gebrauch, und gab an, dass es kein Land in der islamischen Welt gibt, in dem die Muftis durch Wahlen bestimmt werden, und fügte hinzu, dass auch in Griechenland die Muftis vom Staat ernannt werden. Griechenland wiederholte seine offizielle These, indem es behauptete, dass die religiösen und kulturellen Freiheiten der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien uneingeschränkt geachtet werden, und wies die von der türkischen Delegation von West-Thrakien in ihren Beiträgen geäußerten Kritiken zurück.

Parallelbericht von ABTTF zum Menschenrechtsbericht 2018 über Griechenland

In ihrem Parallelbericht weist ABTTF auf die Ungerechtigkeiten und Probleme hin, denen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien ausgesetzt ist.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat einen Parallelbericht als Antwort auf die im vom Außenministerium der Vereinigten Staaten (US) veröffentlichten Menschenrechtsbericht 2018 über Griechenland enthaltenen Ausführungen im Hinblick auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien erstellt. In ihrem Parallelbericht, den sie bei den zuständigen US-Behörden eingereicht hat, schildert die ABTTF detailliert die Themen in Bezug auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien und weist auf die aktuellen Ereignisse hin, die im US-Menschenrechtsbericht nicht erwähnt wurden.

In ihrem Parallelbericht unterstreicht die ABTTF, dass der griechische Staat die ethnisch türkische Identität der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien nicht anerkennt, und fügt hinzu, dass es in Griechenland keinen von nationalen Gerichten eingetragenen offiziellen Verein mit der Namensbezeichnung „Türkisch“ gibt. Die ABTTF stellt fest, dass Griechenland die gegen ihn gefällte Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) bezüglich der Türkischen Union von Xanthi, des Kulturvereins der Türkischen Frauen der Präfektur Rodopi und des Minderheitenjugendvereins der Präfektur Evros noch immer nicht umgesetzt hat, obwohl bereits mehr als zehn Jahre seit deren Verkündung vergangen sind. Die ABTTF weist auch darauf hin, dass das Ministerkomitee des Europarates die Umsetzung der besagten EGMR-Urteile unter dem Namen „Fälle der Bekir-Ousta-Gruppe“ genau überwacht, und schildert ausführlich das laufende Gerichtsverfahren vor griechischen nationalen Gerichten.

Was die Bildung angeht, weist die ABTTF darauf hin, dass die durch die Verträge unter Garantie gestellte Bildungsautonomie der



türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Laufe der Jahre durch die Praktiken der griechischen Regierung und diversen Gesetze zerstört wurde, und fügte hinzu, dass die zweisprachigen Minderheitengrundschulen aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wurden, und obwohl es 2008 194 Minderheitengrundschulen gab, sank diese Zahl 2018 auf 128. Die ABTTF weist auch darauf hin, dass es keine zweisprachigen Minderheitenkindergärten gibt, in denen die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien angehörenden Kinder im frühkindlichen Alter ihre Muttersprache Türkisch erlernen können, und die griechische Regierung die Forderungen der türkischen Gemeinschaft auf Eröffnung zweisprachiger Kindergärten in der Region West-Thrakien ignoriert, in denen sowohl in griechischer als auch in türkischer Sprache unterrichtet werden soll. Die ABTTF ruft Griechenland auf, die Bildungsautonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien wiederherzustellen, und fordert die Eröffnung zweisprachiger türkisch-griechischer Minderheitenkindergärten im bestehenden Minderheitenbildungssystem.

Die ABTTF erinnert daran, dass die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die Führungspersonen und VertreterInnen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, um sie zu entmutigen und einzuschüchtern, auch im Jahr 2018 andauerten, und gegen den von der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gewählten Mufti von Komotini İbrahim Şerif ein Strafverfahren wegen der angeblichen „widerrechtlichen Aneignung des Mufti-Amtes“ eingeleitet wurde.

Hinsichtlich der Religionsfreiheit gibt die ABTTF an, dass der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien durch den Athener Vertrag von 1913 sowie Lausanner Vertrag von 1923 das Recht gewährt wurde, ihre eigenen Religionsoberhäupter selbst zu wählen, und fügt hinzu, dass Griechenland die von der türkischen Gemeinschaft gewählten Muftis noch immer nicht anerkennt, und das im Januar 2018 vom griechischen Parlament verabschiedete Gesetz, das die von den Muftis angewendete Scharia-Rechtsprechung bei Familien- und Erbschaftsrechtsangelegenheiten auf eine freiwillige Basis stellt, ist ein weiterer Schritt, um die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien komplett abzuschaffen.

Der US-Menschenrechtsbericht 2018 über Griechenland ist unter folgendem Link erreichbar:

<https://www.state.gov/documents/organization/289379.pdf>

ABTTF führte mit der Teilnahme europäischer ExpertenInnen einen Studienbesuch nach West-Thrakien durch

Die europäische Delegation aus VertreternInnen der Minority Rights Group Europe, einer der führenden internationalen Organisationen im Bereich der Minderheitenrechte, untersuchte vor Ort die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien sowie die aktuellen Ereignisse in der Region.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat vom 17.-20. September 2018 einen Studienbesuch nach West-Thrakien, Griechenland durchgeführt. Die Delegation des Studienbesuchs, an dem seitens der ABTTF der Vizepräsident Serdar Kalekoğlu, die Direktorin für internationale Angelegenheiten Melek Kirmacı Arık sowie Fatma Ahmetcik, Mitglied der internationalen Arbeits- und Lobbygruppe, teilgenommen haben, bestand aus Neil Clarke, Geschäftsführer der Minority Rights Group (MRG) Europe und Leiter für Europa- und Zentralasien-Programme, und Anna Alboth, Koordinatorin für Media-Programme der MRG Europe.

Am ersten Tag des Studienbesuchs traf die Delegation zunächst mit der Vorsitzende des Kulturvereins der türkischen Frauen der Präfektur Rodopi Hülya Emin zusammen. Unmittelbar danach hat die Delegation Ibrahim Şerif, den gewählten Mufti von Komotini und gleichzeitig den Vorsitzenden des Beratungsausschusses der Türkischen Minderheit von West-Thrakien (BTTADK), in seinem Büro besucht, und sich nach dem Hintergrund der Mufti-Frage in West-Thrakien erkundigt. Bei dem Treffen wurde der



Delegation mitgeteilt, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien den Entwurf zum Präsidialdekret vom 28.08.2018 gänzlich ablehnt und fordert, dass er zurückgezogen wird, da das Mufti-Amt durch diesen Entwurf entmachtet wird, indem die Mufti-Ämter in West-Thrakien mit autonomer Struktur in Staatsbehörden umgewandelt werden.

Bei dem gemeinsamen Treffen mit dem

Türkischen Lehrerverband von West-Thrakien (BTTÖB), der Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD) und der Kultur- und Bildungsgesellschaft der Minderheit von West-Thrakien (BAKEŞ), dessen Gastgeber der BTTÖB war, wurden die Probleme der Angehörigen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich auf allen Ebenen sowie diesbezüglichen Forderungen

der Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht. Danach traf sich die Delegation mit dem Bürgermeister von Iasmos (Yassıköy) İsmet Kadı und wurde über die Dienstleistungen der Stadtgemeinde informiert, wobei es unterstrichen wurde, dass die Stadtgemeinde ihren türkischen und griechischen Einwohnern die gleichen Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Bei dem Treffen wurde auch erwähnt, dass der Bürgermeister Kadı in jüngster Vergangenheit festgenommen, und aus unterschiedlichen Gründen mehrere Male vorgeladen wurde, um auszusagen.

Anschließend hat die Delegation die Türkische Jugendunion von Komotini (GTGB) besucht und sich über die Geschichte und Tätigkeiten der Union informiert, die wegen des Wortes „Türkisch“ in ihrem Namen geschlossen wurde. Danach ging es zur Zentrale der Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) Partei in Komotini. Bei dem Treffen hier wurden die Gründungsgeschichte und Erfolge der DEB-Partei bei den Europawahlen im Mai 2014 sowie die Probleme bezüglich der landesweiten 3%-Wahlhürde in Griechenland, die auch für unabhängige Kandidaten gilt, zum Ausdruck gebracht, und die Statistiken über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise in Griechenland auf die Region West-Thrakien mit der Delegation geteilt.

Am zweiten Tag des Studienbesuchs traf die Delegation zunächst mit dem gewählten Mufti von Xanthi Ahmet Mete in seinem Büro zusammen. Bei dem Treffen wurde die Delegation über die Mufti-Frage in West-Thrakien, das „240-Imam-Gesetz“ und den Entwurf zum Präsidialdekret, der die Restrukturierung der autonomen Mufti-Ämter sowie die Einführung neuer Arbeitsabläufe dort vorsieht, informiert. Anschließend besuchte die Delegation die Türkische Union von Xanthi (İTB), die wegen des Wortes „Türkisch“ in ihrem Namen geschlossen wurde,



deshalb vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zog und den Fall gewann. Während des Besuchs informierte sich die Delegation über den İTBs laufenden Kampf vor Gericht sowie ihre Tätigkeiten.

Im Rahmen des Studienbesuchs traf die Delegation zuletzt mit dem Bürgermeister von Myki (Mustafçova)

und gleichzeitig den BTTADK-Vizevorsitzenden Cemil Kabza zusammen. Bei dem Treffen wurde die Delegation über die Arbeit der Stadtgemeinde, deren gesamte Einwohnerschaft türkischer Abstammung ist, sowie über die politische Vertretung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien auf lokaler Ebene informiert.



Durch Hass motivierte Übergriffe auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien sind in OSZE-Datensammlung 2017 über Hassverbrechen

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat am Internationalen Tag der Toleranz, den 16. November die Datensammlung 2017 über Hassverbrechen veröffentlicht. Die Datensammlung erfasst auch die durch Hass motivierte Übergriffe im Jahr 2017 auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, Griechenland.

In der Vorbereitungsphase der OSZE-Datensammlung 2017 über Hassverbrechen hatte die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) auch einen schriftlichen Beitrag eingereicht und über die Hassdelikte im Jahr 2017 gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien berichtet. Dementsprechend wird in der Datensammlung auf folgende Hassverbrechen hingewiesen: die vorsätzliche Beschädigung der Hauptantenne des zu der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gehörenden Radiosenders Çınar FM mit Sitz in Komotini durch unbekannte Personen im Januar 2017, den Brandanschlag auf den privaten Wagen des Eigentümers und Chefredakteurs der türkischen Zeitung „BİRLİK“ İlhan Tahsin im Februar 2017, die Beschädigung der Türen und Fenster der türkischen Minderheitensekundarschule und des Gymnasiums von Celal Bayar in Komotini durch unbekannte Personen im März 2017,



den Angriff auf die türkische Minderheitengrundschule in Komotini im Oktober 2017, indem ein ohrenbetäubendes Feuerwerk während des Sportunterrichts der Schüler von unbekannt Personen auf den Schulhof geworfen wurde, die Darstellung der Führungskräfte des ältesten Verein der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, der Türkischen Union von Xanthi (İTB), als unmittelbare Zielscheibe auf manchen Internetseiten und in sozialen Medien durch eine rassistische Gruppe, die sich als "hochrangige patrouillierende Gruppe" bezeichnet, indem ihre Namen und Fotos veröffentlicht wurden, den Angriff auf die Zweigniederlassung des Bildungs- und

Kulturvereins der Muslime von Didymoteicho-Evros in Feres nach einem Tag ihrer Eröffnung, indem ihre Fensterscheiben zerstört wurden und den Angriff auf den Bildungs- und Kulturverein der Muslime von Makedonien und Thrakien in Thessaloniki vor dem Freitaggebet im Dezember 2017. Ferner wird in der OSZE-Datensammlung notiert, dass eine maskierte Gruppe im April 2017 ein Molotowcocktail auf das türkische Hauptkonsulat in Thessaloniki geworfen hat.

Für die OSZE-Datensammlung 2017 über Hassverbrechen haben insgesamt 39 OSZE-Teilnehmerstaaten offizielle Daten eingereicht. In der Datensammlung werden diese Daten durch Informationen zu Hassverbrechen in 47 Teilnehmerstaaten ergänzt, die von 124 zivilgesellschaftliche Organisationen berichtet wurden. Laut den von Griechenland eingereichten offiziellen Daten wurden im Jahr 2017 insgesamt 128 Hassverbrechen durch die griechische Polizei registriert. 46 dieser Hassverbrechen wurden strafrechtlich verfolgt, und es gab 6 Verurteilungen.

Der entsprechenden Teil der OSZE-Datensammlung 2017 über Hassverbrechen in Bezug auf Griechenland ist unter folgendem Link erreichbar: <http://hatecrime.osce.org/greece>

ABTTF-Newsletter

ABTTF - NEWSLETTER

Für Abonnement und weitere Informationen wenden Sie sich an unsere Internetseite www.abt.tf.org

oder an die Telefonnummer 0049 2302 91 32 91

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Federation of Western Thrace Turks in Europe
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης
Federation des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Head Office
Wemerstr. 2, D-8454 Witten Germany
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brussels Office
Square de Meeûs 38/40 B-1000 Brussels Belgium
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Fax: +32 (0) 2 401 68 68

Redaktionsleiter: K. Engin Soyyılmaz Editor: Mustafa Veli